

«VOPAGEL»

Beschlussvorlage öffentlich	Vorlage-Nr:	BV-StVV-153-02			
	AZ:	10-1-ka			
	Datum:	07.05.2002			
	Amt:	Bürgermeisteramt			
	Verfasser:	Yvonne Kalkbrenner			
Beratungsfolge		Anw.	Dafür	Dag.	Enth.
30.05.2002 Hauptausschuss					
13.06.2002 Stadtverordnetenversammlung					
Betreff Anhörung über den Entwurf des Gesetzes zur Gemeindestrukturereform im Land Brandenburg - Neugliederungsgesetz					

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung äußert sich zu dem Entwurf des Gesetzes zur Gemeindestrukturereform im Land Brandenburg nicht.

Beschlussbegründung:

Der Innenminister bereitet für den Abschluss der Gemeindestrukturereform im Land Brandenburg die Entwürfe für gesetzliche Neugliederungen für die Bereiche vor, in denen während der Freiwilligkeitsphase keine leitliniengerechte Struktur geschaffen wurde.

Das Ministerium des Innern gibt mit dieser Anhörung den Gemeinden die Möglichkeit, sich zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung frühzeitig und umfassend zu äußern.

Da durch die vorgesehene gesetzliche Neugliederung der amtsangehörigen Gemeinden auch die Belange des Amtes betroffen sind, gibt das Ministerium des Innern auch den Ämtern die Möglichkeit zur Stellungnahme.

In der Anlage beigelegt ist ein Entwurf des Neugliederungsgesetzes, der in Kapitel 1 den Neugliederungsvorschlag sowie in Kapitel 2 die sich aus der Neugliederung ergebenden Rechtsfolgen enthält. Ebenso sind Bestandteil der Anhörungsunterlagen die allgemeine Begründung des Gesetzentwurfes (Teil A) und die Begründung für den konkreten Regelfall (Teil B) sowie die Begründung der Rechtsfolgen (Teil C).

Die Stadtverordnetenversammlung kann einen Beschluss über die Stellungnahme fassen oder darüber, dass sie keine Stellungnahme herbeiführen möchte.

Mitarbeiter	Sachbearbeiter	Amtsleiter	Bürgermeister
-------------	----------------	------------	---------------